Basel, 18. Juli 1914 № 29 XIV. JAHRGANG

KAMMÜLLER/BASEL

SCHWEIZ·KONSUM-VEREIN

ORGAN DES VERBANDES SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K)


REDAKTION UND ADMINISTRATION: BASEL, THIERSTEINERALLEE 14
DRUCK UND VERLAG: VERBAND SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K)

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt.

Nachfrage.

Konsumverein Klosters. Auf den 1. Sept. nächsthin ist die **Verkaufsstelle** in unserer Ablage Klosters-Dörfli neu zu besetzen. Die Stelle bietet für einen ernsthaften jungen Mann oder für eine Frau eine sichere und dauerhafte Beschäftigung, so dass bei einer gewissenhaften Führung des Geschäftes die betreffende Person ein gutes Auskommen findet. Die Offerten sind schriftlich mit den Gehaltsansprüchen an den Präsidenten Herrn Simon Kobel in Klosters-Aeuja zu richten.

Verkäuferinnen gesucht. Die **Allgem. Konsumgenossenschaft Zug** sucht per 15. August 3 tüchtige, kautionsfähige Verkäuferinnen für Lebensmittelbranche. Eventuell würde das Depot an eine Familie übergeben. Offerten mit Gehaltsansprüchen, bisheriger Tätigkeit und Sprachenkenntnissen sind zu richten an den Präsidenten Hr. G. Madörin, Poststrasse, Zug.

Gesucht per 15. September eine tüchtige, seriöse Tochter, mit der Kolonial- und Merceriewarenbranche vertraut, zur selbständigen Leitung eines Konsumdepots. Offerten mit Angabe des Alters und bisheriger Tätigkeit sind unter Chiffre A. C. 121 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel zu richten.

Angebot.

Von Tochter gesetzten Alters, der deutschen und französischen Sprache mächtig, kautionsfähig, wird nach der Lehrzeit im Allg. Consumverein Basel, die Uebernahme einer **Konsumfiliale** gesucht. Gefl. Offerten unter Chiffre G. U. 174 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junger, seriöser Angestellter, welcher seit mehreren Jahren in Konsumvereinen gearbeitet hat, wünscht Stelle zu ändern, am liebsten in die welsche Schweiz als **Kommis** oder **Buchhalter**, wo er sich in der französischen Sprache vervollkommnen könnte. Mit der amerikanischen und doppelten Buchhaltung, sowie mit sämtlichen Bureauarbeiten vertraut. Gefl. Offerten unter Chiffre Th. H. 167 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

SCHWEIZ·KONSUM-VEREIN

ORGAN DES VERBANDES SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K)

XIV. Jahrgang | Basel, den 18. Juli 1914 | No. 29

Wöchentlich erscheint eine Nummer von 8—16 Seiten Text. Abonnementspreis Fr. 4.40 p. Jahr, Fr. 3.— p. 6 Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 7.— p. Jahr

Motto: Das Schweizervolk kann seine wirtschaftliche Selbständigkeit gegenüber dem Ausland nur behaupten und im Innern zu grösserem Wohlstand und höherer sozialer Gerechtigkeit nur fortschreiten, wenn es seine Konsumkraft organisiert. Die genossenschaftliche Zusammenfassung dieser Kraft ist daher für uns eine Lebensfrage: Sie ist unsere nationale Aufgabe im XX. Jahrhundert.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein mitteleuropäischer Zollverein.

Von Oskar Dahse. [1])

Die Erkenntnis, dass der Einzelne im Wirtschaftsleben allein nichts vermag, hat sich heutzutage überall durchgesetzt. Ueberall sehen wir, dass sich die Menschen genossenschaftlich zusammentun, um gemeinsam etwas zu erreichen, und vermöge der Geschlossenheit ihres Vorgehens eine wirtschaftliche Macht bilden. Aus diesem Gedanken heraus entstehen Gesellschaften und Vereinigungen aller Art. Aber nicht nur im privaten Wirtschaftsleben vollzieht sich diese Mandatsübertragung auf einen Stärkeren, sondern sie greift auch über auf das politische Gebiet. Besonders aber sehen wir dieses Streben nach Vereinigung und Ansammlung grosser wirtschaftlicher Macht in langsam erstarkenden wirtschaftlichen Einheitsgebieten. Ich erinnere an Chamberlains Ideen, England mit seinen Kolonien durch gemeinsame Schutzzollschranken nach aussen und Gewährung grosser zollpolitischer Erleichterungen im inneren Verkehr zwischen Mutterland und Kolonien zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet, zu einem einheitlichen Weltwirtschaftssektor, zu vereinigen. Ferner an Nordamerika, das in noch grösserem Masse als England sein Wirtschaftsgebiet unter Einbeziehung Südamerikas, dem in vielleicht nicht ferner Zeit Kanada sich anschliessen wird, durch alle Zonen dehnt und so unter nicht nur politischer Behauptung der berühmten Monroe-Doktrin einen eigenen Weltwirtschaftssektor zu bilden gewillt ist.

Auch Russland mit seinen unermesslichen, wertvollen Ländern, Frankreich mit seinem nunmehr durch Marokko vergrösserten Kolonialbesitz, der sich gewissermassen organisch dem Mutterlande anfügt, sind in der Lage, in späterer Zeit eigene, von der übrigen Kultur unabhängige Weltwirtschaftskreise zu beherrschen, ebenso das erwachende China.

Allen diesen gegenwärtig oder zukünftig selbstständigen, dazu auch politisch einheitlichen Weltwirtschaftssystemen liegt etwas Gemeinsames zugrunde: sie sind oder werden mehr oder minder unabhängig von den Zollschranken, mit denen der Nachbarstaat sich umgibt, unabhängig von dem Auf- und Niedergehen einer staatlich anders gearteten Volkswirtschaft mit anderen Wünschen und Aufgaben. Sie

[1]) Diesen trefflichen Aufsatz entnehmen wir der Januar-Nummer 1914 des «Türmer«.

können, da jedes der Gebiete sich durch alle Zonen erstreckt, des Wirtschaftsgebietes des Nachbarn mit all seiner Produktion entraten.

Mit anderen Worten: In jedem dieser Weltwirtschaftssektoren sind dank der verschiedenen in ihnen vertretenen Klimaten die natürlichen Produktionsbedingungen für jede Produktion, für jedes Bedürfnis der von ihnen eingenommenen Bevölkerung vorhanden.

Es ist nun naturgemäss, dass Staaten kleineren Umfanges d. h. solche, deren Lage auf eine bestimmte Zone beschränkt ist und welchen Kolonien oder solche alter Kultur fehlen — z. B. das Deutsche Reich —, durch Begründung jener selbständigen Weltwirtschaftssysteme, die in erster Linie die Pflege des heimischen Marktes betreiben, arg ins Hintertreffen und in so grosse volkswirtschaftliche Abhängigkeit geraten, dass sie die Rolle der Besiegten annehmen und zu jedem Preise Waren und Güter, die im eigenen Lande nicht gewonnen werden können, kaufen müssen, den ihnen ein solcher Weltwirtschaftssektor oder auch vielleicht eine Vereinigung der grossen selbständigen Weltwirtschaftssysteme diktiert.

Der denkende Realpolitiker verkennt daher nicht die grosse Gefahr, die durch das Aufkommen der ungeheuren weltwirtschaftlichen Einheitsgebiete für die übrigen Kulturvölker erwächst. Er fragt sich mit Recht: Sollen die zu Pufferstaaten herabgedrückten völkerreichen alten Kulturländer zur Rolle des Besiegten verurteilt bleiben?

Wohl würden sie vereint eine achtungsgebietende Rolle spielen und vermöge ihrer alten Kultur, ihrer Volks- und Militärmacht und ihrer Produktionskräfte jenen Weltwirtschaftsgebieten ebenbürtig gegenübertreten, wenn ihnen nicht das fehlte, was jenen gemeinsam ist: der einheitliche politische Mittelpunkt, vielleicht auch die Sprache und das Bewusstsein der Rasse, derselben Abstammung.

Aber warum sollte das im Zeitalter des Genossenschaftswesens, des Zusammenwirkens mit vereinten Kräften, wie ich vorhin ausführte, eigentlich Selbstverständliche nicht möglich sein? Ein Blick auf die Weltkarte zeigt, dass die in Betracht kommenden Staaten: Schweden, Norwegen, Dänemark, Deutsches Reich, Oesterreich-Ungarn, Holland, Belgien, die Schweiz und Italien mit ihren Kolonien ein weltwirtschaftliches Gefüge bilden, das sich jenen Grossen der Weltwirtschaft an die Seite stellen kann. In den genannten Ländern sind die Produktionsbedingungen für alle Bedürfnisse des Wirtschafts- und Kulturlebens der von ihnen eingenommen Zonenstriche vorhanden. Dr. Adolf von Noé (Chicago) sagt: «Deutschland, Oesterreich, die Schweiz, Holland, Belgien, Luxemburg und Dänemark bilden ohne Kolonien ein Areal von beinahe einer Million Quadratkilometer und haben über 100 Millionen Einwohner. Dazu kämen der grosse Kolonialbesitz Hollands in Ostasien und Oesterreichs am Balkan (Bosnien, Herzegowina), sowie die dänischen Kolonien in Westindien und Island. Dieses grosse mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet würde die fortschrittlichste und gewerbefleissigste Bevölkerung Europas umfassen und ausser der Industrie auch über grosse landwirtschaftliche Hilfsquellen, Mineralschätze und Wasserkräfte verfügen. Es würden auch die Donau- und Balkanländer wirtschaftlich in Abhängigkeit erhalten und könnte aus diesen vieh- und getreidereichen Gebieten Nahrungsmittel beziehen. Mit fast einziger Ausnahme der Baumwolle, die wohl noch mindestens auf ein Jahrzehnt ein amerikanisches Monopol bilden wird, wäre das mitteleuropäische Zollgebiet eine von aussen vollständig unabhängige und kompakte Ländermasse mit einer Reihe vorzüglicher Häfen, wie Hamburg, Bremen, Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen und Triest, und Wasserstrassen wie dem Rhein, der Elbe und Donau.»

Es ist nur ein Hindernis für diesen Gedanken da: die Zollgrenze. Fällt diese innerhalb der abgeschlossenen Staaten unter Aufrechterhaltung eines hohen Schutzzolles nach aussen, so haben wir äusserlich ein organisch Glied an Glied sich fügendes Ganze und innerlich ein Wirtschaftsgebiet mit durchgeführtem Freihandel, gleich einheitlich und alle kulturellen Daseinsbedingungen erfüllend, wie das der vorhin gekennzeichneten Weltwirtschaftssektoren: den mitteleuropäischen Zollverein!

Es wird viele geben, denen der Gedanke utopisch erscheint. In Wirklichkeit können wir die Anfänge zu diesem weltwirtschaftlichen Zusammenschluss, der kommen muss wie nach den Regeln eines ewigen Naturgesetzes, Jahrhunderte hindurch zurückverfolgen. Denn was ist das Kennzeichen der Bewegung? Doch nur das Streben, Güter, deren Produktionsbedingungen in der Heimat nicht gegeben sind, von auswärts zu beziehen, wennn irgend angängig, natürlich nach dem Prinzip von da, wo sie am besten und billigsten sind — dem alten Freihandelsideal —, also das eigene Wirtschaftsbild durch Hinzufügen des begehrten fremden zu ergänzen, nach Möglichkeit unter dem Schutze der heimischen Flagge. Beispiel: Gründung von Kolonien, die neben dem Zweck der Abgabe überschüssiger Menschenkraft und Betätigung der Intelligenz jener Aufgabe ausschliesslich dienen. Es liegt also ein ganz natürlicher Vorgang vor, dessen Gedanke in moderner staatsbildender Zeit nur anders zu erfassen und auszudrücken ist.

Ich erinnere auch an das Bestreben in jüngerer Vergangenheit und der Gegenwart, durch Handelsverträge Produktionsgüter des einen Staates gegen die des anderen unter billigen Bedingungen und Zollnachlässen auszutauschen und so eine Ergänzung des eigenen Wirtschaftssystems eintreten zu lassen.

Dass dieser Plan und Gedanke einer Zollunion innerhalb Europas vielen Köpfen nichts weniger als utopisch erscheint, beweisen die wissenschaftlichen Erörterungen, zu denen er geführt hat.

Wir finden aber schon Anfänge praktischer Natur in der Kontinentalsperre, die Napoleon I über die von ihm unterworfenen und mit ihm verbündeten Staaten verhängte. Zwar war sein Leitgedanke nicht der, ein gesamteuropäisches Wirtschaftssystem zu begründen; die Absicht dieser Massregel war ja bekanntlich nur die, den Lebensnerv des im regen Handelsverkehr mit dem Kontinent stehenden England, das — meerumgürtet — ausser Russland ihm allein noch widerstand, zu unterbinden und es auf diese Weise niederzuzwingen. Die Folge dieser streng durchgeführten Sperre sollte für den Kontinent, besonders für Deutschland, eine ganz unerwartete sein. Hier hatten sich infolge der billigen englischen Konkurrenz nur in geringem Masse eigene Industrien bilden können. Da nun infolge des Sperrdekrets sich in England die Waren aufstappelten und nicht hieher gelangen konnten, begannen in Deutschland die Anfänge einer eigenen Industrie. Auch ein starker Aufschwung der Landwirtschaft war zu verzeichnen. So wirkte die Kontinentalsperre gleichsam als Schutzzoll. Mit dem Sturze Napoleons ergoss

sich jedoch wieder eine Flut englischer Waren über den Kontinent. Während Frankreich so klug gewesen, durch hohen Schutzzoll die englischen Waren dem heimischen Markt fernzuhalten, hatten die anderen Länder, besonders Deutschland, darunter zu leiden, und die junge deutsche Industrie wurde in ihren Anfängen erstickt.

Auch in der Idee einer Zolleinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Zollverein, die 1864 nach dem Dänischen Kriege erörtert wurde, können wir das Sehnen und Recken nach einer grösseren wirtschaftlichen Einheit erblicken. Bismarck war ihr Gegner, er hielt den Gedanken für «eine unausführbare Utopie wegen der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und administrativen Zustände beider Teile». Dass die Möglichkeit einer europäischen Einigung auf wirtschaftlichem Gebiete aber in der Zeit nach Bismarck von den Regierungen in Erwägung gezogen wurde, ergeben die Ausführungen Schmollers über die Wendung der deutschen Handelspolitik von 1891 bis 1894, welche in der Abkehr von der autonomen Tarifpolitik von 1879 und der Schaffung eines Systems von Tarif- und Meistbegünstigungsverträgen unter Erhaltung mässiger eigener Schutzzölle bestand. Schmoller erklärt die Ursache des handelspolitischen Umschwunges ausser mit wachsenden Exportschwierigkeiten für Deutschland und der Gefahr, dass steigende Schutzzollsysteme der Nachbarn daran sich knüpfende Zollkriege und Zollreibereien im Gefolge haben, mit

a) der Erwartung, dass Russland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Frankreich und zuletzt auch Grossbritannien mit seinen Kolonien sich zu abgeschlossenen Weltreichen fortbilden werden mit der Tendenz, alle kleineren Staaten zu unterdrücken;

b) der Hoffnung, der enge Zusammenschluss Mitteleuropas könne mit der Zeit zu einer mitteleuropäischen Zollunion führen, und dieser würde fähig sein, den Weltreichen die Wage zu halten.

Schmoller kommt übrigens zu dem Ergebnis: «Wir verkünden stets wir wollen eine Weltpolitik grossen Stils treiben; das können wir nicht mit einem Hochschutzzollsystem».

Bei dieser Gelegenheit darf ich wohl auch an die Bestrebungen von Sir Max Wächter erinnern, der aus der Friedenspropaganda heraus die Idee eines europäischen Wirtschaftsbundes, eines gesamt-europäischen Zollvereins anregt. Dass die Idee trotz der Empfänge Wächters bei Souveränen und Ministern keinen Nährboden fand, mag seine Ursache darin haben, dass der Plan der Abrüstung der Hauptzweck war, dem alle übrigen wirtschaftlichen untergeordnet wurden, während doch, wie ich später dartun werde, eine verstärkte Friedensbewegung nur eine mögliche Folge wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Völker sein kann, da ja in erster Linie vom wirtschaftlichen Vorteil die Welt regiert wird und ihn vor allem der Volkswirt im Auge haben muss. Vielleicht barg die Idee auch schon von vornherein den Todeskeim in sich, da der Plan einer Assoziation ganz Europas nur allein für England günstig war, das ja schon längst eine eigene abgeschlossene Weltwirtschaft besitzt, dieses also nur allein von seiner wirtschaftlichen Angliederung an das übrige Europa Vorteil haben konnte.

Dass die Grundideen einer mitteleuropäischen Zollunion sich auch der Würdigung und Erwägung von Realpolitikern erfreuen, beweist die Existenz eines mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins. Professor Julius Wolf (Breslau) berichtet, indem er für die nahe Zukunft zur Ablehnung einer mitteleuropäischen Zollunion kommt, über die Entstehung des Vereins: «Führender Gedanke bei Begründung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins war, an Stelle jener Idee einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn die nicht leben und nicht sterben konnte, ein realpolitisches Gebilde zu setzen, nämlich den Ausbau einer wirtschaftspolitischen Interessengemeinschaft zwischen den zwei grossen Staaten des zentralen Europas, womöglich auch unter Heranziehung auch einiger anderer Staaten, mit denen Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Kultur- und Rechtsgrundlage gemeinsam haben. In diesem Sinne wird im Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein gearbeitet.»

Im Zusammenhang darf wohl an die Rede, die der jetzige König Ludwig von Bayern am 14. Oktober 1911 in München auf dem Festmahl des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins hielt, erinnert werden. Sie tut dar, welche Strömungen in führenden Kreisen herrschen. Der Fürst wies auf die sehr merkwürdige Tatsache hin, dass von der untersten Donau und vom Schwarzen Meer Produkte, die auf ihrem natürlichen Verkehrswege den Donaulauf hinauf nach dem mittleren Deutschland fahren würden, insbesondere das Getreide, um ganz Europa herumgeführt werden und dann den Rhein hinauf nach Deutschland gelangen. Er trat warm für die Ausdehnung handelspolitischer Freundschaften ein und für jede irgendwie mögliche Beseitigung der unvermeidlichen Zollplackereien an der Grenze, und schloss mit den Worten: «Machen Sie dem Verkehr die Gassen auf!»

Dass den kleineren Staaten, die nicht die Möglichkeit einer eigenen einheitlichen Weltwirtschaftsexpansion haben, besonders von Nordamerika Gefahr droht, der nur durch Zusammenschluss der Bedrohten begegnet werden kann, ist in den Kreisen von Kennern des heutigen Wirtschaftslebens omnium opinio. Zahlreich sind die Proteste deutscher Handelsvertretungen angesichts des neuern und neuesten Zolltarifs der nordamerikanischen Union und der rigoroseren Bestimmungen des Zollverwaltungsgesetzes.

Auch Lorenz von Stein macht in seinem Buche «Die drei Fragen des Grundbesitzes» gegen das egoistische System Nordamerikas, das neben unserem Verderben auch für Amerika eine Gefahr ist, Front und verlangt, dass es so lange besteuert werde, bis es am Boden liegt. Und das, sagt er, wird in Zukunft nur durch einen internationalen Beschluss Europas und einen Kampf des europäischen Zollsystems gegen das amerikanische geschehen. Dasjenige Moment aber, welches in nicht gar zu ferner Zeit die Staaten Europas dazu zwingen wird, ist die Bedrohung des europäischen Geldstandes. Sogar ein Amerikaner, William Stead, der Herausgeber der «Review of Reviews», redet in seinem Buch über «Pan Amerika» einem europäischen Bund das Wort. (Türmer, Dezemberheft 1910, S. 383 ff.)

All dies sollte dartun, dass der Gedanke einer mitteleuropäischen Zollunion durchaus nicht nur in Utopien geboren und ausgeführt werden kann. Dies würde auch ein Vergleich der jetzigen Zustände, speziell in Deutschland, mit den möglichen und wahrscheinlichen Folgen einer Erstarkung Mitteleuropas zu einem einzigen Wirtschaftswesen ergeben. Es würde aber, da ich hier nur Anregungen im engeren Rahmen geben kann, zu weit führen. Dagegen möchte ich kurz auf eine Würdigung der wirtschaftlichen Folgen, die die Bildung einer Zollunion haben würde, eingehen.

Der Weg zur Durchführung.

Der springende Punkt bei einer Zollunion Mitteleuropas ist der, dass die bisher innerhalb nationaler Grenzen vorhandene Arbeitsteilung in die Weltwirtschaft übersetzt wird. Länder und Landstriche geben ihre bisherige Gebundenheit und Verwendungsart auf, indem eine ihrer Natur angepasste Arbeitsteilung angebahnt wird. Der natürlichen Bestimmung zurückgegeben, eines das andere zu ergänzen, wird somit das eine Land vom anderen abhängen und alle vereint werden nun ein einheitliches weltwirtschaftliches Gefüge bilden, das imstande ist, den grossen Weltwirtschaftsmächten geschlossen gegenüberzutreten und, wo es nötig ist, als Macht mit Macht über gegenseitigen Austausch von Waren und Gütern zu verhandeln. Der Kontakt zwischen den zusammengeschlossenenVölkern wird inniger, da es *ein* Interesse ist, das sie bindet, woraus sich vielleicht noch ergibt, dass das Streben der Völker nach Vermeidung von Kriegen auf einfachstem Wege seine Erfüllung fände. Sämtliche Glieder der Union würden sich ja als Teile eines Organismus betrachten.

Es ist aber nun klar, dass nicht mit einemmal das Rad der Entwicklung in andere Bahnen gelenkt werden kann. Eine Uebergangszeit muss vorhanden sein. Es kann nicht die Aufhebung der Zölle für alle Güter und sämtliche Staaten Mitteleuropas mechanisch und wahllos verfügt werden. Das würde dem Ziel der Vereinigung zu einer starken Wirtschaftseinheit zuwiderlaufen. Es geht ferner nicht an, Völker verschiedener Kulturstufen und verschiedener Lebenshaltung mit einem Male zollunionistisch zusammenzuschweissen. Bismarcks Warnungen in den fünfziger Jahren gelegentlich einer Annäherung des Deutschen Zollvereins an Oesterreich behalten ihre innere Berechtigung. Es kommen vor allem von den im Eingang dieses Aufsatzes genannten Ländern in erster Linie diejenigen in Betracht, deren Industrie — durch Erziehungszölle erstarkt und konkurrenzfähig geworden — den Punkt erreicht hat, von dem ab nach List der Schutzzoll illusorisch wird, ferner diejenigen, die schon längst trotz der Zollgrenze die wirtschaftliche Verbindung de facto eingegangen sind, da sie als Hinterland oder Vorland mit Ausfuhrhäfen eine Einigung naturgemäss erscheinen lassen, endlich die, die durch die Verschiedenheit ihrer gegebenen Naturbedingungen, sei es in Europa, sei es durch ihre Kolonien, wechselseitig eine natürliche Ergänzung darstellen. Nicht unwesentlich erscheint mir auch das Rassegefühl, das heutzutage so sehr betont wird und das als Ausfluss von Sammlungsströmungen unter dem Gesichtspunkt politischer Ideale neben dem Streben nach wirtschaftlichen Vorteilen als nicht zu unterschätzender Faktor zur Anbahnung eines weltwirtschaftlichen Zusammenschlusses gelten darf. **Schritt vor Schritt allmählicher Abbau der Zölle, langsame Annäherung der Völker unter günstigen Handelsverträgen, unter Versagung des Meistbegünstigungsrechts an Völker und Staaten, denen gegenüber die wirtschaftliche Wehr geschaffen werden soll, bis zur endlichen Aufhebung der Zölle und Vereinigung zur erstrebten Zollunion: Das ist das Ziel, das ist der Weg, den die Bestrebungen gehen sollen.** Auf diesem Wege würden wir auch vor unnötigen Erschütterungen des Wirtschaftslebens, die ja unvermeidlich wären, bewahrt bleiben.

Nun zu zwei Einwänden, die gegen den Plan der Schaffung einer mitteleuropäischen Zollunion sicher gemacht werden.

Der erste betrifft das angebliche Schwinden einer guten Handelsbilanz der Völker, des alten Rüstzeugs der merkantilistischen Schule. Er scheidet aus, denn wir haben es heutzutage nur mit der Zahlungsbilanz zu tun, deren Basis aber nicht berührt werden wird, wenn der Abbau der Zölle allmählich erfolgt und die zur Erörterung stehende Frage der Vereinigung Mitteleuropas nicht sprunghaft, sondern, wie ich es meine, in ruhiger Entwicklung gelöst wird.

Der andere Einwand, der gegen die Abschaffung der Zölle noch erhoben werden wird, ist ihr Charakter als Finanzzölle. Alle zollgeschützten Staaten haben aus den Schutzzöllen erhebliche Einnahmen, die bei Zusammenschluss zum Zollverband in Wegfall kämen. Dieser Ausfall auf der Kreditseite des Wirtschaftslebens dürfte auf der Debitseite zum Teil seine Erledigung dadurch finden, dass die Kosten der Bewachung der Grenzen, welche bisher innerhalb des mitteleuropäischen Zollgebiets lagen, sowie die der Durchführung der verschiedenen Zolltarife gespart werden. Auch wird der Teil der Staatseinnahmen, der für den Schutz des Wirtschaftsgebietes durch Aufstellung und Erhaltung einer grossen Militärmacht bisher absorbiert wurde, zum Teil frei, da die zollvereinigten Staaten Glieder eines Körpers wären und sich nicht, ohne den Organismus zu töten, selbst bekämpfen werden, wie ich schon vorhin ausführte. Es werden also grosse, für verhältnismässig unproduktive Ausgaben eingestellte Mittel gespart.

Das sind im wesentlichen die Grundzüge einer Abwehr von Gefahren, die uns drohen. Was die Zukunft bringt, ist dem Sterblichen verhüllt. Sie darf aber nicht als Faktum hingenommen werden. Aufgabe des Realpolitikers ist es, ihren Geschehnissen zuvorzukommen. Er vor allem muss die innere Bedeutung des Wortes «regieren», — im modernen Wortsinn mit «vorhersehen» übersetzt, — würdigen, und weiss auch, dass all unsere Entwicklung auf den Realitäten dieses Lebens fusst. Denn die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Völker sind nicht letzten Endes der Grund zur Anwendung der ultima ratio gewesen, und es kann kommen, dass das, was mit Verträgen auf friedlichem Wege erreicht werden könnte, unter Anwendung grosser Opfer an Gut und Blut erst errungen werden muss. Ob der friedliche Weg der Vereinigung der Staaten des alten Kontinents zu einem oder mehreren wenigen Wirtschaftsganzen nicht dem gewaltigen Werdeprozess der grossen Völker, die in hundert Jahren Europa beherrschen werden, entgegenkommen und ihn beschleunigen wird, wer will es sagen? Dass er aber der Bahn, die Blut und Eisen heisst, vorzuziehen ist, dieser Einsicht dürfen wir uns nicht verschliessen.



Der schweizerische Bauer und der Absatz von Schlachtvieh.

Bei der Diskussion der Bell-Allianz ist von uns mehrfach betont worden, dass der Absatz von Schweizervieh wesentlich könnte gesteigert werden, wenn die Bauern etwas mehr Initiative zeigen wollten, um den Absatz des Schlachtviehs zu organisieren durch Gründung von sogenannten Viehverwertungsgenossenschaften.

Die Wirkung derartiger Organisationen wäre: grössere Uebersichtlichkeit des Marktes, schlankerer Absatz und dadurch Belebung der Mast.

Herr Dr. Laur, der grosse Bauernorganisator, der unermüdliche Förderer der Milchverwertungsgenossenschaften hatte merkwürdigerweise für unsere Anregungen nur ein mitleidiges Lächeln und eine vornehm abwehrende Handbewegung übrig.

Die mutmasslichen Gründe Laur's, die zu dieser ablehnenden Stellungnahme führten, haben wir schon früher auseinandergesetzt und betont, dass u. a. Prof. Moos in diesem Punkte auf einem ganz anderen Boden stehe, wie sein Kollege Laur.

Kürzlich wurden unsere Ansichten — trotz der Autorität Dr. Laurs — von rein agrarischer Seite als durchaus richtig bestätigt. In Nr. 25 des «Ostschweiz. Landwirt» erschien ein interessanter Artikel betitelt: «Zum Absatz von Schlachtvieh». Da die darin enthaltenen Ausführungen für unsere Leser von allgemeinem Interesse sein dürften, so bringen wir ihn im nachstehenden in extenso zum Abdruck und werden daran noch einige Glossen und weitere Ausführungen anschliessen.

Der Artikel lautet:

Ein Hauptumstand, warum der Schlachtviehmarkt gedrückt ist, besteht darin, dass fremdes Schlachtvieh und fremdes Fleisch eingeführt werden. Diesen Import einfach schlankweg zu verbieten, ist nicht angängig, denn Art. 31 der schweizerischen Bundesverfassung gewährleistet die Handels- und Gewerbefreiheit, und auch die im Alinea c des gleichen Artikels genannte Ausnahme aus seuchenpolizeilichen Gründen kann nicht weiter ausgedehnt werden, als es bis jetzt schon geschieht, wenn man mit Verfassung und Gesetz nicht in Konflikt geraten will. Auch das neue eidg. Viehseuchengesetz wird in dieser Beziehung nicht viel neues bringen können. Es wird daher nichts anderes übrig bleiben, als andere Wege zur Verbesserung der ungünstigen Situation zu suchen. Verschiedenes ist schon versucht worden; aber der Erfolg blieb meistens aus. Häufig antworteten die Metzger auf solche Klagen hin, dass es ihnen heutzutage nicht mehr möglich sei, von Stall zu Stall zu gehen, um Schlachttiere zu suchen, da ihnen hiezu die Zeit fehle. Es sei eben einfacher, ganze Transporte kommen zu lassen, oder beim Importeur seine Bestellung zu machen. Diesem Argumente suchte man im Kanton Zürich schon vor 4 Jahren dadurch abzuhelfen, dass man im «Zürcher Bauer» eine ständige Rubrik eröffnete, in welcher die Landwirte ihr schlachtreifes Mastvieh kostenfrei publizieren konnten. Es kostete die Anzeige ganze 5 Rappen für die Postkarte. Dadurch wollte man den Metzgern bekannt geben, wo inländische Schlachtware zu finden sei. Der Erfolg blieb gering, weil die Bauern ihre Tiere eben nicht oder in zu geringer Zahl anmeldeten. Man scheute wohl die 5-Rappen-Postkarte, oder man war zu bequem, sie auszufüllen.

Im Kanton Schaffhausen liess der kantonale Landwirtschaftliche Verein vierteljährliche Schlachtviehzählungen in den Gemeinden durchführen. Die Zähllisten wurden durch die Landwirtschaftsdirektion dem Metzgermeisterverein zugestellt. Schon nach kurzer Zeit liefen fast keine Zähllisten mehr ein; es war den Leuten verleidet, ihr verkäufliches Schlachtvieh anzumelden. Heute hat der kantonale Landwirtschaftliche Verein diese Zählungen aufgegeben, weil er eine genügende Anzahl von Anmeldungen nicht erhalten konnte. Auch dieser Versuch ist missglückt.

Seit 10 Jahren werden in Winterthur alljährlich Mastviehmärkte abgehalten. Am letzten (26. Mai 1914) war aus dem Kanton Schaffhausen kein einziger Mastochs aufgeführt worden. Allerdings können auch diese Mastviehmärkte, so gut sie sind, nicht voll befriedigen; denn es sollte während des ganzen Jahres irgendwo ein organisierter Absatz bestehen, wo die Metzger wissen, dass sie sicher die nötige Ware finden, und wo der Bauer sein Vieh bestimmt absetzen kann.

Wir wüssten noch einen andern Weg, den nicht wir erfunden haben, der schon seit vielen Jahren im Auslande, in Dänemark, in England und in Deutschland betreten wird und auch zu sehr schönen Resultaten geführt hat. Doch wird unser Vorschlag auch wieder mit dem schönen Sprüchlein abgetan werden:

«Jo me sött, wenn me no, aber ebe!»

Es sollte eine Stelle geschafft werden, die imstande ist, den Metzgern regelmässig eine bestimmte Anzahl schlachtreifer Tiere zu liefern. Für den Metzger würde der Einkauf vereinfacht, und der Bauer wüsste immer genau, wo er seine Tiere sicher absetzen kann. Hiezu braucht es aber eine besondere Organisation der Landwirte. Die meisten unserer Leser werden selbstverständlich der Ansicht sein, dass eine solche Organisation gar nicht möglich sei, weil sie zu Grossvaterszeiten auch nicht bestanden hat. Richtig ist es, dass man in der Schweiz noch gar nicht an diese Frage herangetreten ist, und dass man sich massgebenden Ortes förmlich fürchtet, in der Sache etwas zu tun, weil man noch über keine bezüglichen Erfahrungen verfügt. Unsere nördlichen Nachbarn haben schon eine Reihe grosser Schlachtviehverkaufsgenossenschaften gegründet, die in Berlin, Essen, Köln, Frankfurt a. M., München, Augsburg, Nürnberg und Amberg selbständige Geschäftsstellen unterhalten, durch welche der genossenschaftliche Mastviehabsatz reguliert und ausgeführt wird. Kommt man aber mit Beispielen dieser Art aus Deutschland vor unser landwirtschaftliches Publikum, so erhält man die Antwort, das sei alles Theorie, obschon die Beispiele der Praxis entnommen sind. Dann wird auch auf die Verschiedenheit der Verhältnisse hingewiesen. Die Verhältnisse Bayerns und der Schweiz sind aber weniger verschieden, als diejenigen des ersteren Landes und z. B. Schleswig-Holsteins, wo solche Genossenschaften ebenfalls blühen, und in der Umgebung Nürnbergs wie Kölns finden wir viele kleinbäuerliche Betriebe. Es sind viel weniger die wirtschaftlichen Verhältnisse, die uns hindern, den genannten Weg der genossenschaftlichen Organisation zu betreten, als vielmehr die persönlichen. Hätten wir solche Organisationen, so würde der Bauer sein gemästetes Vieh einfach an die Zentralstelle liefern, und der Verwalter oder Geschäftsführer würde den Verkauf regeln. Der einzelne Bauer müsste nicht mehr selbst «märkten und handeln», sondern der routinierte Geschäftsführer würde für ihn eintreten und würde wohl, zufolge seiner grossen Handelskenntnis, das Geschäft auch richtig abschliessen. Aber gerade das wollen unsere Bauern nicht, jeder will selbst handeln; und traut er dem Geschäftsführer am Ende noch genügend Sachkenntnis zu, so traut er vielleicht seiner Ehrlichkeit nicht ganz usw. Hier liegt der Grund, warum es bei uns so ausserordentlich schwierig ist, den Schlachtviehverkauf genossenschaftlich zu regeln. Erste Bedingung hiebei ist eben volles Zutrauen zur Geschäftsleitung. Nun glauben wir aber, dass bei uns eben so wohl ehrliche Leute zu finden

seien, die eine solche Organisation führen können, wie in München, Köln, Berlin etc., dass man ihnen auch ebensogut das nötige Zutrauen entgegenbringen kann.

Eine solche Genossenschaft muss aber ein grosses Gebiet umfassen; so sollten sich bei uns z. B. die Landwirte der Kantone Zürich Thurgau, Schaffhausen, usw. zusammenschliessen und z. B. in Zürich oder Winterthur eine Zentralstelle schaffen, bei der alle Fäden zusammenlaufen. Diese Zentralleitung wird aber nicht nur die Aufgabe haben, den Verkauf zu besorgen, sondern sie wird den Mästern auch mit Rat und Tat an die Hand gehen müssen. Es ist ja bekannt, dass nicht alle das Mästen gleich gut verstehen. Die Zentralstelle wird hierin für Aufklärung sorgen müssen; sie wird über die richtigen Mastfuttermittel Aufschluss geben und mitteilen müssen, welche Mastqualität, welche Tiergattungen in nächster Zeit den besten Absatz finden. Nur zu häufig sind unsere Mäster gerade in dieser Beziehung zu wenig auf dem Laufenden; sie mästen froh und drauflos und sind dann verwundert, wenn der nötige Absatz fehlt. Bei den deutschen Genossenschaften hat man gerade die Erfahrung gemacht, dass, seitdem die Zentralstellen in dieser Richtung an Einfluss gewonnen haben, die genossenschaftliche Mastware an Ausgeglichenheit und somit auch an schlankem Absatze gewonnen hat. Im weitern kann die Zentralstelle die Auffuhr an den einzelnen Absatzplätzen regulieren; sie kann mehr oder weniger einer Ueberfuhr am einen Orte vorbeugen und überflüssiges Material an solche Märkte dirigieren, wo voraussichtlich das Angebot dem Bedarfe nicht entspricht. Sie wird also eine Preisregulierung herbeiführen, die für Landwirte und Metzger nur von Vorteil sein kann. Da ein Beamter der Zentralstelle das Vieh an der Ausladerampe in Empfang nimmt, es einstallen und pflegen lässt, den Verkauf überwacht und bei der Wage steht, werden Unregelmässigkeiten kaum zu befürchten sein.

Bei anderer Gelegenheit wollen wir die Organisation einer solchen Genossenschaft genauer besprechen; heute sei bloss die Frage in Diskussion geworfen und darauf hingedeutet, dass die Regelung des Mastviehabsatzes viel weniger von den Behörden als von den Landwirten selbst an die Hand genommen werden sollte. Eine vernünftige und grosszügige Selbsthilfe ist immer wirksamer als die Staatshilfe, die durch Verfassung und Gesetze an alle möglichen Bedingungen gebunden ist.» So weit der Artikel.

Die Redaktion des «Ostschweiz. Landwirt» beklagt es, dass fremdes Schlachtvieh und fremdes Fleisch eingeführt werden. Das mag an sich bedauerlich sein, dennoch ist die Einfuhr eine unabwendbare Notwendigkeit, eben weil einerseits die Schweiz viel zu wenig Schlachtvieh produziert und produzieren kann, anderseits weil der schweizerische Markt an Schlachtvieh zu wenig übersichtlich ist. Die Redaktion berichtet vom letzten Mastviehmarkt in Winterthur (26. Mai), dass aus dem Kanton Schaffhausen nur ein einziger Mastochs aufgeführt worden sei. Diese betrübliche Tatsache wird weiter illustriert durch die folgende Pressnotiz vom 13. Juli aus St. Gallen (Volksstimme): «Der Viehmarkt, der alle Wochen in St. Gallen vorgesehen ist, hat in den letzten Jahren einen ständigen Rückgang zu verzeichnen. 1913 wurden nur noch 387 Stück Vieh aufgeführt. An Ausgaben der Stadt für den Viehmarkt im Betrage von Fr. 500.75 standen nur Einnahmen von Fr. 77.40 gegenüber.» In Berücksichtigung dieser Verhältnisse wird vom Stadtrat dem Gemeinderat vorgeschlagen, der Viehmarkt sei nur noch alle Monate abzuhalten.

Alle diese Feststellungen beweisen uns immer aufs neue: um den Import von Vieh und Fleisch aus dem Auslande kommt der schweizerische Fleisch-Konsument einfach nicht herum. Interessant ist ferner das Geständnis der Redaktion des «Ostschweiz. Landwirt», dass nicht nur die Bell A. G. sondern auch die übrigen privaten Metzger darauf angewiesen sind «ganze Transporte kommen zu lassen, oder beim Importeur ihre Bestellungen zu machen». Obwohl wir diese Tatsache wiederholt schon betont haben, wurde von gewisser Seite immer wieder versucht zu behaupten, Bell A. G. allein schlachte fremdes Vieh.

Sehr richtig ist die Forderung nach einem organisierten Absatz, damit der Käufer weiss, wo das Vieh zu finden ist. Nicht minder richtig sind ferner die Ausführungen, dass der Bauer die Initiative zur Gründung von Viehverwertungsgenossenschaften zu ergreifen hat und dass leider bis zur Stunde alle Versuche vorwiegend an der Interesselosigkeit der Bauern gescheitert sind.

Das ist ein beschämendes Zeichen für die Bauern unseres Landes, um so beschämender, da diejenigen Bauern unserer Nachbarländer, die unter ähnlichen Verhältnissen wirtschaften, diese Frage schon längst und mit grossem Erfolg gelöst haben. Bevor unsere Bauern nicht selbst in dieser Richtung marschieren, haben sie keine Berechtigung über die zunehmenden Importziffern von Vieh und Fleisch zu jammern, denn ihre Tatenlosigkeit ist es, die zu diesem Schritte zwingt.

Um unsern Lesern zu zeigen, welch grosse Bedeutung allein z. B. in Deutschland die Viehverwertungsgenossenschaften haben, entnehmen wir der «Deutschen landw. Genossenschaftszeitung» die folgenden Angaben:

Seit dem Jahre 1896, in welchem die erste Viehverwertungsgenossenschaft in der Provinz Hannover gegründet wurde, hat die genossenschaftliche Viehverwertung in der Provinz Hannover stetige Fortschritte gemacht, wie die untenstehende kleine Tabelle zeigt:

Jahr	Zahl der Genossenschaften	Zahl der Mitglieder	Zahl der verkauften Rinder	Kälber	Schafe	fette Schweine	Ferkel und Läufer	Erlös in Mark
1898	2	1,346	179	1,327	132	1,782	—	286,135
1901	15	3,442	850	4,014	289	5,449	—	1,021,291
1908	65	11,913	2052	14,716	922	99,860	22,672	13,263,523
1912	100	21,947	3665	21,927	1877	340,051	47,072	44,648,114

Am Schluss des Jahres 1913 zählten die hannoveranischen Viehverwertungs-Genossenschaften 22,154 Mitglieder. Es wurden abgesetzt 2,956 Rinder, 19,046 Kälber, 1,288 Schafe, 343,719 Schweine, 52,286 Ferkel und Läufer im Gesamtwert von 47,6 Millionen Mark.

Die Viehverwertungsgenossenschaften haben sich nun zu einer Zentralgenossenschaft für Viehverwertung in Hannover zusammengeschlossen, die u. a. in Köln, Hamburg, Essen, Frankfurt und Mannheim Geschäftsstellen unterhält. Wie in Hannover, so finden wir auch in Pommern, der Rheinprovinz, in Westpreussen, Baden und Bayern sehr entwickelte Viehverwertungsgenossenschaften.

Was unsere deutschen Nachbarn fertig brachten, das könnten auch bei einigem gutem Willen die Schweizer Bauern fertig bringen.

Obwohl die Initiative von den Bauern selbst auszugehen hat, erklärten sich diverse unserer Konsumvereinsverwaltungen bereit, mitzuhelfen, den Viehverkauf zu organisieren, speziell mit der Firma Bell A. G.

Den Anfang machte die rührige Leitung des Konsumvereins Langnau i. E. Zu Nutz und Frommen anderer Konsumvereins-Verwaltungen bringen wir die Mitteilungen an ihre Mitglieder auch an dieser Stelle zum Abdruck. Sie lauten:

«Auf unsere Anfrage bei der Bell A. G. in Basel, ob sie Käufer von Schlachtschweinen wäre, wurde uns mitgeteilt, dass Bell A. G. stets Käufer sei. Die Schweine sollen aber ein Lebendgewicht von 90 bis 100 Kilo haben, über 100 Kilo Lebendgewicht hätten sie keine Verwendung. Für die Bezahlung ist das Schlachtgewicht im städtischen Schlachthause in Basel gewogen massgebend. Das Schlachtgewicht ist ausgeweidet verstanden, also ohne Lunge, Leber, Herz und Milz, aber mit Schmerlaib gewogen. Wenn das Lebendgewicht 100 Kilo betrage, so ergebe das Schlachtgewicht 80 bis 83 Kilo. Vom Preis ist die Fracht in Abzug zu bringen, was bei waggonweiser Lieferung per Stück zirka Fr. 1.50 beträgt. Der Preis ist so, dass der Erlös noch etwas höher ist, als was die hiesigen Metzger bezahlen. Einige stossen sich noch an dem Lebendgewicht von höchstens 100 Kilo, andere erklären, sie würden die Schweine gerne so abgeben. Es muss halt auch in der Mästerei eine etwas andere Richtung eingeschlagen werden, so wird es möglich sein, in der Bell A. G. einen guten Abnehmer für unsere Landwirte zu finden. Auch wäre es angezeigt, etwas weniger Schweinemast, dafür aber auch Schweinezucht zu betreiben, um die Ferkel etwas billiger zu bekommen.

Wer sich für die Lieferung von solchen Schlachtschweinen interessiert, möge gelegentlich mit dem Verwalter Rücksprache nehmen.»

Nach unserem Dafürhalten wäre es klüger, Herr Dr. Laur würde diese Bewegung unterstützen, anstatt sie zu bekämpfen. Der Bauer will mit dem Konsumverein im Frieden leben, und hier ist ein neues Feld, das in gemeinsamer Arbeit bewirtschaftet sein möchte, eine Arbeit, die geeignet ist zu vereinen und nicht zu trennen.



Verſammlung der Genoſſenſchafts-apotheken in Bern.

Ueber diese Versammlung entnehmen wir dem «Anzeiger des Konsum-Vereins Winterthur und Umgebung» vom 7. Juli nachfolgende Mitteilungen:

Am 13. Juni hat im Kasino Bern eine von 30 Delegierten der Genossenschafts-Apotheken der Schweiz besuchte Abgeordnetenversammlung stattgefunden. Da am gleichen Tag der Verband schweiz. Konsumvereine die Frage der Förderung dieser genossenschaftlichen Unternehmung behandelt hatte, bildete das Thema auch hier das Haupttraktandum. Befürchtungen auf der einen Seite, dass das Eingreifen des V. S. K. den Boykott nur noch erschweren werde, Hoffnungen anderseits, dass dadurch die Genossenschaftsapotheken einer Aera der rascheren Entwicklung entgegengehen und die Ungewissheit, welche Wege zunächst eingeschlagen werden sollten, erschwerten die Stellungnahme und so wurde denn auch ein Antrag, sich für gewisse Bezugsverhältnisse zu verpflichten, abgelehnt, in der Meinung, dass vorerst abzuwarten sei, was aus der diesbezüglichen Tätigkeit des V. S. K. hervorgehen werde. So viel ist heute schon vorauszusagen, dass die Gründung von Genossenschafts-Apotheken an einigen Orten bereits in Aussicht genommen ist und mit der wachsenden Zahl dieser Offizinen wird auch deren Einfluss gegenüber dem Syndikat ein anderer werden. Mit dem Entscheid des Bundesgerichtes in Sachen der Bieler Genossenschafts-Apotheke ist die Bahn wohl nicht nur im Kanton Bern, sondern auch in den andern Kantonen freigegeben.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten waren die Geschäfte abgewickelt. Am Sonntag Mittag fand sodann im Restaurant Neufeld in der Ausstellung ein gemeinsames Mittagessen der Delegierten sowie ihrer Angehörigen statt. Herr Alphons aus Genf, Präsident der Vereinigung, entbot den Anwesenden den Gruss des leitenden Ausschusses und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Bestrebungen der Vereinigung von wachsendem Erfolg begleitet sein mögen. Bei diesem Anlass verdankte Herr Nationalrat Dr. Schenkel dem Komitee in Genf seine Arbeit für die Vereinigung wie auch im besondern die Bemühungen für das Arrangement der bescheidenen Ausstellung, die immerhin ein Zeichen dafür ist, dass sich die kleine Zahl der Pioniere auf diesem Gebiet sehen lassen darf mit ihrer Arbeit. Ist auch die Zahl derer noch klein, die dem Genossenschaftsgedanken auf dem Gebiete der Pharmacie die Wege bereiten wollen, bei ausdauernder Arbeit wird der Gedanke der Solidarität und der wirtschaftlichen Selbsthilfe auch hier seine Ueberlegenheit über die sprichwörtlich gewordene Profitwirtschaft behaupten.



Eine englische Stimme über unsere letzte Delegiertenversammlung.

In der letzten Nummer der «Co-operative News» verbreitet sich ein Mitarbeiter über unsere Delegiertenversammlung in Bern, deren Verhandlungen und Beschlüssen uneingeschränktes Lob gespendet wird. Unsere Leser werden aus dieser Vernehmlassung, die wir nachstehend ihrem Hauptinhalt nach wiedergeben, erkennen, welcher Wertschätzung sich unsere Bewegung bei so geschulten und vielerfahrenen Genossenschaftern, wie es die englischen sind, erfreut und wie zutreffend man in ihren Kreisen jene Quertreibereien taxiert, mit denen eine interessierte Opposition in den letzten Monaten unseren Verband zu schädigen trachtete. — «Alle Umstände», schreibt der Verfasser, «unter denen der letzte schweizerische Genossenschaftskongress stattfand, verdeutlichen die Tatsache, dass man es in dieser Bewegung versteht, sich jede Gelegenheit die sich bietet in bestmöglichster Weise dienstbar zu machen.

Da die Landesausstellung in der Schweiz gegenwärtig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, fand hier auch die Delegiertenversammlung statt und die Genossenschafter stellten sich sozusagen in den Vordergrund der Bühne. Auf diese Art wurde die Landesausstellung der schweizerischen Genossenschaftsbewegung tributpflichtig gemacht und die letztere kann sich dazu gratulieren, dass den

schönen Erfolgen, die die bisherigen Unternehmungen des V. S. K. charakterisieren, ein neuer hinzugefügt wurde. Unter welch günstigenAuspizien derKongress zusammentrat, zeigte schon der gewaltige Andrang zu den Verhandlungen, indem bei Eröffnung der Versammlung im «Festsaal» nicht weniger als 520 Delegierte anwesend waren, und die Gesamtzahl der Besucher mit Einschluss der beiwohnenden Gäste nahezu 800 erreichte. Ein imposantes, die Phantasie anregendes Bild bot sich dem Zuschauer dar. Hier, in diesem Kunsttempel, der eigentlich so recht zur Verherrlichung der privaten Unternehmungen und Produktion bestimmt war, waren die Vertreter einer schöpferischen Macht versammelt, deren letzte Bestimmung es ist, die Konkurrenz und Anarchie der Gesellschaft zu beseitigen und eine neue soziale und wirtschaftliche Ordnung an deren Stelle zu setzen.

Der Verfasser des Artikels resümiert dann im weiteren den Gedankengang der Eröffnungsrede Dr. K ü n d i g s, deren packend rethorischen Schwung er alle Gerechtigkeit wiederfahren lässt. Zur Behandlung des Jahresberichtes durch Herrn Jaeggi übergehend, erklärt er, dass sich dieser Anlass zu einem glorreichen Erfolg für die Behörden des V.S.K. gestaltete. «Das letzte Geschäftsjahr» erklärt er, «war ein besonders bewegtes und die sich unvermeidlicherweise an die neuen Unternehmungen des Verbandes knüpfende Kritik (wo hier namentlich die Bell-Allianz in Betracht fällt) trat mit ausserordentlicher Heftigkeit auf. Der Gang der Dinge zeigte aber, dass die Kritiker ein wenig zu vorwitzig waren, denn ihre Kassandrarufe wurden durch die Resultate glänzend widerlegt und die Tatsache, dass die Versammlung den Bericht einstimmig und ohne Diskussion genehmigte, offenbarte zur Genüge, welche Bedeutung der Argumentation des Sprechers in Hinsicht auf die administrativen Massnahmen des Verbandes beigemessen wurde. Bei dieser Gelegenheit soll ein Punkt nicht unerwähnt bleiben, nämlich der, dass die Verwaltungskommission von sich aus die ihren Mitgliedern zugedachte Gehaltserhöhung ablehnte». — Der Verfasser würdigt im folgenden die Bedeutung der an unserer Delegiertenversammlung gefassten Beschlüsse, namentlich soweit es sich um die geplante Volksversicherung und die Frage der Genossenschaftsapotheken handelt und ermangelt am Schlusse nicht, auch die offizielle Begrüssung des Kongresses durch die Behörden von Stadt und Kanton Bern lobend zu erwähnen.

† J. Cölestin Stadelmann.

In aller Stille ist am vergangenen Mittwoch in Basel ein Mann zur letzten Ruhestätte getragen worden, dem auch wir an dieser Stelle ein Wort der Ehrung und des Dankes widmen möchten.

Als im Jahre 1889 der A. C. V. Basel an die damals bestehenden Konsumvereine der Schweiz ein Rundschreiben richtete und darin nach der Gründung eines Verbandes schweiz. Konsumvereine rief, war C ö l e s t i n S t a d e l m a n n Präsident des Verwaltungsrates des A. C. V. Basel. Als solcher nahm er an den Gründungsarbeiten des V. S. K. im Verein mit Männern wie Schär, Pictet und Gass regen Anteil. Ihm wurde auch die Ehre der ersten Präsidentschaft des V. S. K. in den Jahren 1890/92 zuteil.

Wenngleich der nunmehr Verstorbene sich seit dem Jahre 1892 nicht mehr aktiv an der Verbandsleitung betätigen konnte, so war es ihm doch bis in seine letzten Tage Bedürfnis mit Interesse und freudiger Anteilnahme die Entwicklung und die Fortschritte unseres Verbandes zu verfolgen.

Stadelmann zeichnete sich aus durch einen eisernen Willen und hervorragendes Pflichtgefühl, zwei Eigenschaften, die es ihm ermöglichten, sich von der Picke auf in eine leitende Stellung emporzuarbeiten. Vom Kopist und Zeichner stieg er im Laufe der Jahre bis zum Sekretär des Baudepartements des Kantons Basel-Stadt. Dieses Amt bekleidete er mit grossem Geschick von 1902 bis 1908; in diesem Jahre zwang ihn sein Gesundheitszustand von seiner amtlichen Tätigkeit zurückzutreten. Leider brachte dem Verstorbenen sein Ruhestand nur wenig Sonne, da Krankheit und Altersbeschwerden ihn beständig begleiteten. Am vergangenen Montag kam für ihn im 66. Altersjahr die Erlösung.

Der Arbeiterbewegung hat Stadelmann frühzeitig grosses Interesse entgegengebracht. Ursprünglich dem linken freisinnigen Flügel angehörend, trat er später der sozialdemokratischen Partei



bei und diente derselben in mannigfachen Aemtern, u. a. als Präsident des Arbeiterbundes und der Pressunion. Von 1890 bis 1908 war er Mitglied des Grossen Rates.

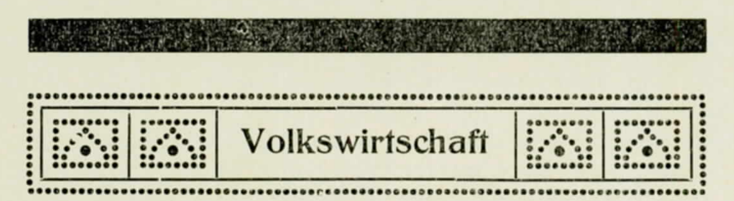
Ein reger sozialer Geist, trieb es ihn dazu, sein Wirkungsfeld immer weiter zu stecken. Mit Wilhelm Bärwart und andern war Stadelmann einer der kleinen, zielbewussten Schar, welche die lohnarbeitende Klasse Basels auf den idealen und praktischen Nutzen des G e n o s s e n s c h a f t s w e s e n s hinlenkte. Für einen Staatsbeamten brauchte es damals noch grossen Mut, sich o f f e n für den Konsumverein zu erklären und ist allein schon diese Manifestation ein schönes Zeichen der Charakterfestigkeit Stadelmanns.

Frühzeitig trat Stadelmann dem A. C. V. als Mitglied bei und im Jahre 1877 wurde ihm das Amt eines Rechnungsrevisors übertragen. Bereits 1878 ward er Mitglied des Verwaltungsrates und gehörte dieser Behörde an bis zum Jahre 1900, das, mit der Annahme der neuen Statuten eine durchgreifende Reorganisation des Allgemeinen Consumvereins

brachte. Fünf mal, und zwar in den Jahren 1886, 1889, 1892, 1895 und 1898 war er Präsident des Verwaltungsrates. Daneben hat sich Stadelmann in diversen Nebenämtern grosse Verdienste um die Entwicklung und den Ausbau des A. C. V. Basels erworben. So war er u. a. der erste Präsident der Milchkommission (1884); ferner amtete er zu wiederholten Malen als Präsident des leitenden Ausschusses und der späteren Betriebskommission des Verwaltungrates, in deren Händen die engere Leitung des Geschäftsverkehrs lag. Schon 1878 und wieder 1881/82 war Cölestin Stadelmann Mitglied der Schlächtereikommission, die die Leitung der damaligen 1882 aufgehobenen Ochsenmetzgerei besorgte. Mit sein Verdienst war es, dass die 1898 neu in die Wege geleitete A. C. V. Schlächterei von Anbeginn an auf den richtigen Boden gestellt wurde und dadurch der heutigen Blüte entgegengebracht werden konnte.

Nachdem Herr Stadelmann im Jahre 1900 nach 23-jähriger, verdienstvoller und treuer Mitarbeit aus den Behörden des A. C. V. schied, da begleitete ihn der Dank aller derer, die jahrelang mit ihm arbeiten durften und ihn nur ungern scheiden liessen. Wer diesen schlichten Mann bei seiner stillen, hingebungsvollen Arbeit kennen lernte, wird ihm stets ein gutes Andenken bewahren.

Seinen Hinterlassenen drücken wir auch an dieser Stelle unsere aufrichtige Anteilnahme aus.



Schlachtungen im Kanton Basel-Stadt im Jahre 1913.

Darüber berichtet das Sanitätsdepartement u. a. folgendes:

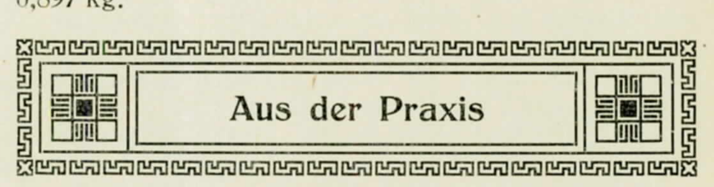
Die Zahl der Schlachtungen im Jahre 1913 steht um 16,985 Stück über der vom Jahre 1912. Zugenommen haben gegenüber dem Vorjahre die Schlachtungen von Ochsen, Kühen, Kälbern, Schafen, Ziegen und Schweinen, abgenommen haben dagegen die von Stieren, Rindern und Pferden. Die niedrige Zahl von Stierschlachtungen ist teilweise zurückzuführen auf das am 13. August 1913 vom Schweiz. Landwirtschaftsdepartement erlassene Einfuhrverbot für ausländische Stiere; in der Hauptsache hängt sie jedoch mit dem seit Sommer 1913 eingetretenen, vermehrten Angebot von inländischen Wurstkühen bei konstant sinkenden Preisen zusammen. Hieraus erklärt sich die starke Zunahme der Kuhschlachtungen.

Gefrierfleisch ist aus Argentinien, Uruguay und Australien teils direkt über italienische oder französische Hafenplätze, teils aus Lagerbeständen in London eingeführt worden. Der Detailverkauf im Kanton wurde nur durch die Gross-Schlächterei des Allgemeinen Konsumvereins vermittelt. Den Migros-Versand von Gefrierfleisch betrieben beide hiesigen Gross-Schlächtereien (Bell A. G. und A. C. V.), grösstenteils an Konsumvereine und Hotels. Im Jahre 1913 sind in Basel eingeführt worden:

581,671 kg gefrorenes Ochsen- und Kuhfleisch,
13,381 kg gefrorenes Schaffleisch,
595,052 kg total eingeführt,
3,467 kg als ungeniessbar konfisziert,
591,585 kg sind zum Genusse zugelassen worden,
42,727 kg wurden aus Basel ausgeführt,
548,858 kg gelangten in Basel zum Konsum.

Gegenüber dem Vorjahre sind 68,649 kg mehr Gefrierfleisch in Basel eingeführt worden, 7112 kg mussten weniger konfisziert werden. 736 kg sind mehr aus Basel ausgeführt worden und der Gefrierfleischverbrauch in Basel selbst hat um 77,808 kg zugenommen.

Bei einer auf Mitte des Jahres berechneten ortsanwesenden Bevölkerung von 143,300 Seelen im Jahre 1913 ergibt sich ein Fleischverbrauch von 86,848 kg per Kopf und Jahr oder von 238 gr. per Kopf und Tag. Der Fleischkonsum in Basel-Stadt hat also gegenüber dem Vorjahr (85,951 kg per Kopf und Jahr) nochmals zugenommen, und zwar um 0,897 kg.



Fadenziehendes Brot.

Zu dieser Angelegenheit erhalten wir noch folgende (A.-Korr.):

Die Brotkrankheit ist nichts anderes als in Gährung befindliches, in Fäulnis übergehendes Brot. Bei was für Broten (Grösse und Qualität) tritt nun diese «Krankheit» am häufigsten auf; was für eine Qualität Mehl wurde zur Herstellung dieses Brotes verwendet; wie war die Führung der Teige; war das Brot stark oder schwach gebacken; kommt die Krankheit von innen oder von aussen?

Das sind Fragen, die unbedingt beachtet werden müssen, um die Ursache der «Krankheit» und die Mittel, derselben vorzubeugen oder sie zu bekämpfen, kennen zu lernen. Die «Krankheit» tritt am häufigsten bei grössern, weissen, aus besten Mehlen hergestellten, nicht genügend durchsäuerten, schwach gebackenen Broten auf und zwar immer von innen. Es ist noch nie vorgekommen, dass ein saures Brot den «Süess» erhalten hat. (Hier nennt man die «Krankheit»: «den Süessen haben»). Diese Krankheit ist zudem noch nie an der Rinde oder im Zwieback aufgetreten, aber auch nicht in kleinern Brotsorten. Reinlichkeit hat hier in dem Sinne nichts zu bedeuten, als peinliche Reinlichkeit Voraussetzung und erste Bedingung einer jeden ordentlichen Bäckerei ist.

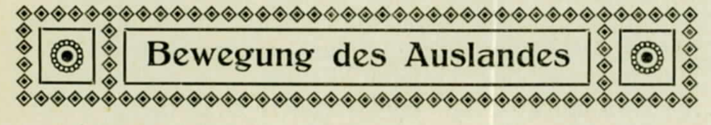
In erster Linie sind nun Brote aus Mehlen von besten Weizenqualitäten (Russ, Ungar, Rumän, also Hartweizen) der Gefahr «krank» zu werden, am meisten ausgesetzt. Bekanntlich sind diese Mehle stark kleberhaltig «zäh», während Mehl aus Weichweizen (Amerikaner) kleberarm und «kurz» ist. Stark kleberhaltiges Mehl vermag 15-20% mehr Feuchtigkeit «Wasser» in sich aufzunehmen. Die Teige daraus bedürfen eines stärkeren «Triebes», gebrauchen unter gleichen Verhältnissen mehr Zeit bis zu ihrer gänzlichen Durchsäuerung, d. h. bis sie «gegangen» oder «gehaben» sind, als dies bei Mehl von kleberarmem Weizen der Fall ist. Man nimmt diese Teige also gern zu «jung».

Gesetzt der Fall, man liefert in die Bäckerei auf einen Posten kleberarmem Mehl einen solchen kleberreichen (das Mehl ist oft so verschieden aus der gleichen Mühle), die Temperatur bleibt gleich

oder fällt noch ein wenig: Dann haben wir die Kalamität, einen «jungen» Vorteig oder Hebel, der nicht imstande ist, den Teig zu durchsäuern. Es ist Zeit, man kann nicht warten, man macht mit dem «jungen» Hebel vorwärts, dieser erzeugt einen jungen «lamen» Teig und ein «schweres» Brot, das kaum gut ausgebacken werden kann. Die Erfahrung wird wohl schon jeder aufmerksame Kollege gemacht haben, dass überhaupt Brot aus kleberreichem Mehl langsamer ausbackt, wie dasjenige aus Mehl minderer Qualität; kleberreiches Brot bleibt auch länger feucht. Belässt man Brot, namentlich aus jungen Teigen und von kleberreichem Mehl nicht 10—15 Minuten länger im Ofen, so ist es im Innern zu schwach oder gar nicht gebacken; in schwüler Zeit geht dann dieses zu schwach oder gar nicht gebackene, noch nasse Innere in Gährung über und schliesslich in Fäulnis und zwar eben durch einen Pilz, den sog. Kartoffelbazillus. Aber die Schuld trifft nicht diesen, der gehorcht seinen Naturgesetzen, sondern den Bäcker, der nicht für richtige Durchsäuerung und Ausbacken des Brotes gesorgt hat, die diesen Bazillus vernichtet hätten. In dieser gefährlichen Jahreszeit darf mir kein Vorteig zur Durchsäuerung verwendet werden (wenn immer möglich), bevor er ein wenig gefallen ist; und habe ich auch von der Verwaltung die Erlaubnis, in gefährlichen Jahreszeiten dem Brote 20 bis 30 Gramm mehr Beigewicht zu geben, um es möglichst gut ausbacken zu können.

Das Extra-Reinigen der Backtröge, Mulden, etc. mit säurehaltigem Wasser hat absolut keinen Wert, die «Krankheit» entsteht nicht in diesen Gefässen, sondern infolge Unkenntnis oder Gleichgültigkeit des Bäckers. Es wird mir niemand behaupten wollen, dass in einer Sendung Mehl nur 1 oder 2 Säcke Mehl diesen Bazillus enthalten, er ist in jeder, auch der kleinsten Menge Mehl, also müsste man nach jedem Gebrauche jeden Kübel, Backtrog, Mulde, Bäckerei etc. mit säurehaltigem Wasser waschen. Wenn Infektion vorläge, müsste doch, da die Krankheit erst am zweiten oder dritten Tage auftritt, alles in den drei Tagen hergestellte Brot infiziert sein und elendiglich verfaulen. Bei uns trat diese «Krankheit» bis vor 7 Jahren, allerdings ganz vereinzelt, nur in etwa 2 bis 3 Broten auf. Seit 7 Jahren keine Spur von «Brotkrankheit», dank der oben genannten Vorsichtsmassregeln. Also, Kollegen, achtet auf:

1. einen ganz wenig gefallenen Hebel oder Vorteig,
2. gutes Ausbacken, und
3. gebt dem Teig in der kritischen Zeit etwas mehr Salz bei und dieser böse Geist: «Brotkrankheit» verschwindet aus eurer Bäckerei.



Bewegung des Auslandes

Finland.

Zentralisationsbestrebungen der Genossenschaftsbewegung in Finland.

(Prof. Dr. Han Gebhard.)

Ende des Jahres 1913 zählte Finland 2167 örtliche Genossenschaften mit etwa 200,000 Mitgliedern und 5 Zentralgenossenschaften, deren gesamter Umsatz Fr. 60 Millionen betrug. Wenn man in Betracht zieht, dass die Genossenschaftsbewegung in Finland erst vor 15 Jahren entstand, und dass die Einwohnerzahl des Landes nur etwas über 3 Millionen beträgt, so kann man mit den Ergebnissen der genossenschaftlichen Bewegung zufrieden sein. Die wichtigste Ursache dafür, dass die genossenschaftliche Bewegung in diesem wenig bevölkerten und hoch im Norden gelegenen Lande so grosse Fortschritte gemacht hat, ist darin zu suchen, dass die Bewegung von Anfang an zentralisiert und systematisch geleitet war. Im Jahre 1899 wurde die Gesellschaft Pellervo gegründet, um das finische Genossenschaftswesen zu fördern und zu entwickeln. Diese Gesellschaft, deren Mitglieder bis jetzt hauptsächlich für die Genossenschaftsbewegung interessierte Privatpersonen sind, hat das Land mit einem weiten Genossenschaftsnetz überzogen und hauptsächlich die Zentralgenossenschaften ins Leben gerufen. Die von der Gesellschaft herausgegebene Zeitschrift «Pellervo», die seit dem Jahre 1900 erscheint, wird jetzt in einer Auflage von 50,000 Exemplaren herausgegeben. Durch sie ist jahrelang die genossenschaftliche Bildung im Lande verbreitet worden. Die Gesellschaft hat ausserdem allgemein bildende genossenschaftliche Literatur in grossen Auflagen herausgegeben, die Genossenschaften mit Handbüchern, Musterstatuten usw. versehen, und durch Wanderlehrer Aufklärung und Belehrung verbreitet.

Mit der Erweiterung und Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in Finland wurden der Gesellschaft immer neue, wichtige Aufgaben gestellt, die sie nicht allein hätte lösen können. Wie aber in der Familie die erwachsenen Kinder den Eltern im Haushalt beistehen, so wurde auch die Gesellschaft Pellervo von den Zentralgenossenschaften unterstützt.

Im Jahre 1908, als Finland schon 1600 Genossenschaften zählte, hielt man die Gründung einer Fachzeitung für unerlässlich, die den Genossenschaften die nötige Erziehung verschaffen sollte. Dies wurde dadurch ermöglicht, dass 4 Zentralgenossenschaften, in Gemeinschaft mit der Gesellschaft Pellervo einen Garantieverein zur Stiftung einer genossenschaftlichen Zeitschrift bildeten, indem sie sich verpflichteten, diese Zeitschrift jährlich mit Fr. 1200 zu unterstützen und für Mitteilungen aus dem eigenen Gebiete zu sorgen. Diese vielseitige und mit Sorgfalt redigierte Zeitschrift erscheint jetzt uner dem Titel «Finnische Genossenschaftspresse» in einer Auflage von 3000 Exemplaren.

Im folgenden Jahre errichteten die oben erwähnten Zentralgenossenschaften und die Gesellschaft Pellervo eine genossenschaftliche Lehranstalt. Diese Anstalt arbeitet einen Monat im Jahre. In derselben wird vor allen Dingen Unterricht in der Buchführung erteilt. Auch werden Vorlesungen über das Genossenschaftsgesetz, die Genossenschaftstheorie und die Geschichte der genossenschaftlichen Tätigkeit gehalten. Im Jahre 1913 waren als Schüler in dieser Genossenschaftsschule 107 Genossenschafter von verschiedenen Genossenschaften eingeschrieben. Auch finden jedes Jahr auf Veranlassung der Institution 8 bis 10 kürzere Kurse in verschiedenen Teilen des Landes statt. Zur Unterhaltung der Genossenschaftsschule zahlen die Gesellschaft Pellervo und vier Zentralgenossenschaften jährlich je Fr. 1200 als Unterstützung und jede sorgt für den Unterricht auf ihrem eigenen Gebiet. Ausserdem werden durch diese vereinten Bemühungen gemeinsame Wanderlehrer für verschiedene Teile des Landes bezahlt. Die Gesellschaft Pellervo und die Zentralgenossenschaften haben auch eine gemeinsame Buchdruckerei gegründet.

Obwohl die Gesellschaft Pellervo demnach auf dem Gebiete der Genossenschaftsbewegung die all-

gemeine Zentralgesellschaft gewesen ist, und obwohl dieselbe immer in engem Verhältnis zu den Zentralgenossenschaften gestanden ist, ist sie doch bis jetzt formell von den Zentralgenossenschaften und hauptsächlich auch von den örtlichen Genossenschaften getrennt. Da der grösste Teil der Mitglieder der Gesellschaft Privatpersonen sind und die Zentralgenossenschaften auch kein Recht haben, Vertreter in die Direktion der Gesellschaft zu wählen, sind auch die genossenschaftlichen Unternehmungen formell nicht berechtigt gewesen, auf die Leitung der Gesellschaft und dadurch auch nicht auf die Beschlüsse der den Fortschritt unserer genossenschaftlichen Bewegung betreffenden Angelegenheiten Einfluss auszuüben. Deshalb ist schon vor langer Zeit in der Direktion der Gesellschaft Pellervo der Gedanke entstanden die Organisationsform in derWeise umzugestalten, dass die Gesellschaft allmählich in einen Allgemeinen Verband der finischen Genossenschaften überginge, denn es ist natürlich, dass, mit dem allmählichen Wachstum und der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung sie die Leitung der Bewegung übernehmen musste, dass also alle dem allgemeinen genossenschaftlichen Verband zukommenden Aufgaben auf eine gemeinsame Organisation übergehen mussten, an deren Zusammensetzung, Unterstützung und Leitung die Genossenschaften selbst teilnehmen.

Die Frage der Reorganisierung der Gesellschaft Pellervo wurde zum erstenmal schon vor fünf Jahren in der Direktion aufgeworfen, nämlich 1908 bis 1909, als eine Veränderung der Organisationsform der Gesellschaft in der Weise entworfen wurde, wonach die Zentralgenossenschaften die Gesellschaft mit grösseren Summen unterstützen sollten und dagegen berechtigt wären, je ein Mitglied in die Direktion zu wählen. Zu dieser Zeit aber stand die Genossenschaftsbewegung in Finland noch nicht auf der Stufe, dass der Plan, der Umgestaltung der Gesellschaft Pellervo vollkommen hätte verwirklicht werden können. Der Gedanke lebte doch weiter und wurde in der Direktion der Gesellschaft immer schärfer ausgearbeitet. Bei der Jahresversammlung der Gesellschaft im April dieses Jahres wurde der von der Direktion verfasste neue Statutenentwurf einstimmig angenommen. Nach diesem Entwurf geht die Gesellschaft Pellervo in einen allgemeinen Verband der finischen Genossenschaften über, jedoch unter dem alten Namen.

In diesen allgemeinen Verband können als Mitglieder aufgenommen werden: Die Zentralgenossenschaften, die örtlichen Genossenschaften und Privatpersonen. Die örtlichen Genossenschaften bezahlen dem Verbande einen jährlichen Mitgliedsbeitrag je nach ihrem Umsatz. Die Genossenschaften, deren Umsatz unter Fr. 200,000 steht, bezahlen jährlich Fr. 10.—, die Genossenschaften mit wenigstens Fr. 200,000 aber nicht Fr. 500,000 Umsatz bezahlen Fr. 25.— und diejenigen, deren Umsatz noch höher steigt Fr. 50.— jährlich. Jede Zentralgenossenschaft entrichtet an den Verband einen Jahresbeitrag von Fr. 4000. Die eigenliche Direktion des Verbandes, die die laufenden Geschäfte besorgt, wird, wie auch früher, aus neun Personen bestehen. Jede Zentralgenossenschaft ist berechtigt, in diese einen Vertreter zu wählen. Da Finland fünf Zentralgenossenschaften zählt, wird zu der Direktion des Verbandes mehr als die Hälfte der Vertreter der Zentralgenossenschaften gehören. Die übrigen vier Direktionsmitglieder werden von der allgemeinen Versammlung des Verbandes gewählt.

Neben der eigentlichen Direktion gibt es eine verstärkte Direktion, in welche, ausser den Mitgliedern der eigentlichen Direktion, die Konsumvereine und andere Genossenschaften der Konsumenten drei, die Molkereigenossenschaften und andere Produktivgenossenschaften auch drei, und die Kreditvereine zusammen ebenfalls drei Mitglieder wählen. Die Wahlen finden gleichzeitig mit den Vertreterversammlungen der betreffenden Genossenschaftsgruppen statt. Die auf diese Weise verstärkte Direktion versammelt sich seltener und hat Anweisungen betreffs die bildende und instruktive Arbeit der Gesellschaft zu geben und über die wichtigsten Initiativen und Aenderungen des Zwecks der Gesellschaft zu beschliessen. Die laufenden Geschäfte besorgt die eigentliche Direktion nach den von der verstärkten Direktion gebilligten Grundsätzen und innerhalb der von ihr bestimmten Grenzen.

Zu diesem neuen Genossenschaftsverband haben sich schon vier Zentralgenossenschaften gemeldet. Bei der letzten Vertreterversammlung der Molkereigenossenschaften und Darlehenskassen wurde die Nachricht von dem Uebergange der Gesellschaft Pellervo in einen das ganze Land umfassenden Verband mit grossem Beifall aufgenommen, weshalb zu hoffen ist, dass auch die örtlichen Genossenschaften sich zahlreich an den Verband anschliessen werden.

Die Genossenschaftbsewegung in Finland, die von Anfang an systematisch geleitet war und immer bestrebt war, sich zu zentralisieren, hat in diesem neuen, von den Zentralgenossenschaften und den örtlichen Genossenschaften unterstützten Verbande eine mächtige Waffe erhalten zur Verwirklichung der gesamten genossenschaftlichen Bestrebungen und zur Verbreitung der genossenschaftlichen Ideen in immer weitere Kreise, indem er zugleich ein gutes Zeichen ist für den Gemeingeist und das gegenseitige Verständnis, das zwischen den verschiedenen Zweigen der Genossenschaftsbewegung in Finland herrscht.

I. G. B.

Aus unserer Bewegung

Aadorf. (L.-Korr.). Seit geraumer Zeit schon suchten die Leiter der Konsumvereine Elgg, Aadorf, Sirnach und Oberhofen-Münchwilen etwas engere Fühlung mit einander zu bekommen, was ja bei so naher Nachbarschaft wohl ganz natürlich ist. Die Motive zu engerem Zusammenarbeiten sind einesteils Aussicht auf etwas günstigere Einkäufe bestimmter Artikel vermittelst Sammelwagen oder auch in kleineren Posten, anderenteils das Bedürfnis durch Belehrung, Aufklärung und Austausch der Erfahrungen das Genossenschaftswesen in unserer Gegend zu fördern. So hatten nun die Verwalter genannter Vereine im Einverständnis ihrer Vorstände eine Versammlung einberufen, um dem zweiten Punkt Gestalt zu geben. Diese Versammlung fand statt am Sonntag, den 28. Juni a. c., in der Schützenstube im «Ochsen» in Aadorf.

Ein selten schöner Tag wars, als die Eingeladenen — zahlreicher als die Initianten erwarteten — in unserer Metropole einrückten. Um 2½ Uhr eröffnete der Verwalter des Konsumverein Aadorf als «Tagespräsident» die Versammlung mit einem herzlichen Willkomm und kurzer Begründung der heutigen Zusammenkunft. Hierauf wurde dem Referenten Herrn Adolf Walder, Verwalter des Konsumvereins Oberhofen-Münchwilen, das Wort erteilt zu einem Vortrage über das Thema: Angestellte und Vorgesetzte im Dienste der Genossenschaft. In einstündigem instruktiven Vortrage behandelte der Referent das etwas heikle Thema. Anhand seiner Erfahrungen schilderte er die Fehler, die von Angestellten und Betriebskommissionen gemacht werden, aber auch wie diese Fehler vermieden werden können. Ausgeprägtes Pflichtgefühl könne auch in den schwierigsten Fällen über vieles hinwegsetzen, wo der Untergebene eigentlich eher Anlass zu klagen hätte. In unserm Innern freuten wir uns, einen solch tüchtigen Redner unter unsern hinterthurgauischen Konsumgenossenschaftern zu besitzen. Besonders gespannt waren die Verkäuferinnen — die, nebenbei

bemerkt, vollzählig erschienen waren — auf das, was speziell sie angehen sollte. Der Redner bewies auch hier seine besondere Gabe, ein schmollendes Gesicht in ein lächelndes zu verwandeln. Der lebhafte Applaus wird Herrn Walder denn auch bewiesen haben, dass er seine Sache gut gemacht hat. Die nun eröffnete Diskussion förderte noch viele gute Momente zu Tage und hoffen wir, dass jener schöne Nachmittag bei uns allen, Verkäuferinnen und Verwaltungen die Liebe zum Genossenschaftswesen gesteigert habe und dass wir uns bewusst sind, dass wir zusammengehören und immer zusammenarbeiten müssen zum Wohle des Ganzen. Dem Referenten aber, wie auch sämtlichen Teilnehmern den besten Dank und ein baldiges Wiederzusammenfinden!

Baden. (K.-Korr.). «Immer vorwärts . . . .!. Am 28. Juli nächsthin findet hier eine ausserordentliche Generalversammlung statt, an welcher für unsere Genossenschaft ein weiterer Markstein in deren Entwicklungsgeschichte gesetzt werden soll. Wie vordem die Vereinsbehörde die Pflicht fühlte, die Genossenschaft möglichst allen Einwohnern bequem zugänglich zu machen, und die Betriebszweige womöglich in eigenen Gebäuden unterzubringen, so ist auch die heutige Vereinsbehörde der gleichen Ansicht, indem sie den Bau eines flotten Genossenschaftsgebäudes im neuerstandenen sich rapide vergrössernden Quartiere «Kappelerhof» anstrebt. Ohne Zweifel wird auch die Generalversammlung die Notwendigkeit einsehen und das Projekt genehmigen.

Bellinzona. Ausserordentliche Generalversammlung des Allgemeinen Konsumvereins Bellinzona am 5. Juli, vormittags 9 Uhr im Hotel «Schweizerhof». Der prächtige Sommertag, der viele Mitglieder zu Ausflügen oder in die Berge lockte, vielleicht auch die etwas früh angesagte Versammlungsstunde — denn manches Mitglied hatte wohl Nachtdienst, sodass es lieber etwas länger der Ruhe pflegte — brachte es mit sich, dass die Versammlung sehr schwach besucht war, was in Anbetracht der Wichtigkeit der Traktanden zu bedauern war, figurierten doch neben den gewöhnlichen Traktanden noch auf der Liste: Vergrösserung der Bäckerei, Errichtung einer Fleischablage der Firma Bell und Statutenrevision. Ueber die Vergrösserung der Bäckerei referierte Herr Amrein, Mitglied des Verwaltungsrates. An Hand eines genauen Zahlenmaterials führte er die Entwicklung unserer Konsumbäckerei vor Augen. Und mit Freude muss konstatiert werden, dass dieser Zweig unserer im steten Wachsen begriffenen Genossenschaft einen gewaltigen Fortschritt zu verzeichnen hat und wir sozusagen an der Grenze der Leistungsfähigkeit des Ofens angelangt sind. Herr Amrein verstand es meisterhaft, den Anwesenden die Erstellung eines zweiten Ofens begreiflich zu machen, sodass alle Diskussionsredner für das Projekt votierten. Die Abstimmung ergab, es sei dem Verwaltungsrat ein Kredit von Fr. 45,000 zur Erweiterung der Bäckerei zu gewähren. Eine kurze Debatte verursachte noch die nötige Geldbeschaffung. Indessen auch darin war die Versammlung bald einig, indem sie beschloss, eine neue Obligationen-Anleihe auszuschreiben und zwar, um allen Mitgliedern zu ermöglichen, ihr Scherflein beizutragen, sollen schon Obligationen von 10 Franken an zur Emission gelangen.

Das Referat über das zweite ebenso wichtige Traktandum betreffend Fleischablagen hatte Herr Mariotti, Präsident des Konsumvereins Bellinzona übernommen. Seine ebenso nüchternen wie überzeugenden Auseinandersetzungen fanden williges Gehör und einstimmig genehmigte die Versammlung auch den hierzu erforderlichen weiteren Kredit von 8000 Franken für Erstellung eines Fleischladens mit Kühlanlage. Bei dem von nun ab gesicherten Absatz brauchen wir um die Rendite dieser beiden Kapitalanlagen nicht allzu ängstlich besorgt zu sein. Die Krämer allerdings, die einst bei der Gründung unserer Genossenschaft über das «Zwerglein» ihre Witze machten, denen gehen jetzt bald «die Augen über» vor dem stetigen Wachsen unserer stolzen Genossenschaft. Das Traktandum Statuten-Revision wurde auf eine demnächst abzuhaltende Versammlung verschoben. *C. L.*

Zofingen (B.-Korr.). Einen für die schweizerischen, besonders aber für die aargauischen Konsumvereine wichtigen Entscheid hat das schweizerische Bundesgericht in seiner Sitzung vom 9. Juli getroffen.

Bei der Festsetzung des zu versteuernden Gewerbefonds pro 1913 wollte die Gemeindesteuer-Kommission Zofingen unserer Konsumgenossenschaft den Abzug der Kontokorrentschulden gegenüber dem V. S. K. nicht gestatten, trotz der ausdrücklichen Bestimmung des aarg. Steuergesetzes, wonach Kontokorrentschulden ohne Ausnahme bei der Ermittlung des zu versteuernden Vermögens zu berücksichtigen sind. Eine Beschwerde gegen diese Auffassung der Gemeindesteuerkommission bei der Bezirkssteuerkommission und dem aarg. Obergericht hatten keinen Erfolg. Beide Instanzen wiesen die Konsumgenossenschaft ab, indem sie sich auf einen ähnlichen Entscheid des Obergerichtes in Sachen der landwirtschaftlichen Genossenschaft Gränichen kontra dortige Gemeindesteuerkommission stützten. Jener Entscheid blieb unangefochten und glaubte das Obergericht wahrscheinlich, denselben nun für alle folgenden ähnlichen Fälle als Grundlage zu benutzen.

Auf Antrag der Konsumgenossenschaft Zofingen wurde an der Kreiskonferenz in Rheinfelden beschlossen, gegen dieses Urteil des aarg. Obergerichtes staatsrechtliche Beschwerde beim schweiz. Bundesgericht einzureichen. Die Abfassung des Rekurses besorgte in sehr entgegenkommender Weise der V. S. K. Wie eingangs bemerkt, hat das Schweiz. Bundesgericht am 9. Juli in der Sache Beschluss gefasst dahingehend, dass das Urteil des aarg. Obergerichtes aufzuheben sei. Sämtliche Kosten hat der Staat Aargau zu tragen. Der Entscheid ist also zu Gunsten unserer Genossenschaft ausgefallen. Wir freuen uns dessen nicht bloss um des Erfolges willen, sondern auch darum, weil unsere oberste Rechtsbehörde durch diesen Beschluss kundgibt, dass auch die Unterbehörden unsere Gesetze gerecht und im Sinne des Gesetzgebers handhaben sollen.

In der gleichen Angelegenheit erhalten wir noch die folgende (-h-Korr.). Im Steuerstreit zwischen der Konsumgenossenschaft Zofingen kontra Steuerkommission Zofingen hat das Bundesgericht als letzte Instanz den Rekurs unserer Genossenschaft gutgeheissen und die Kosten dem Staat überbunden. Auf die Begründung des Urteils werden wir nach dessen Bekanntmachung zurückkommen.

Horgen. Das erste Halbjahr 1914 erzeigt im Vergleich zu demselben Zeitraum des vorigen Jahres eine Zunahme von Fr. 7,215 auf einer Umsatzziffer von Fr. 166,272. Die Frequenz des Fleischlokals lässt etwas zu wünschen übrig.



Rechnungsrevisoren: Der Verbandsverein in Rheineck hat zu seinen Vertretern in der Kontrollstelle erwählt die Herren Verwalter Wetter (Rheineck) und Bezirks-Richter Tobler (Lützenberg).

Aufnahmen: Folgende Aufnahmen wurden vom Ausschuss V. S. K. auf dem Zirkulationswege vollzogen:

1. **Konsumverein Berlingen,** gegründet am 5. April 1914, ins Handelsregister eingetragen am 24. Juni 1914, 104 Mitglieder, zugeteilt dem Kreise VIII.
2. **Société coopérative de consommation de Nyon et environs,** gegründet am 25. März 1914, ins Handelsregister eingetragen am 8. Juli 1914, 110 Mitglieder, zugeteilt dem Kreise I.

Umsatz pro Juni 1914. Der Umsatz des Monates Juni 1914 ist festgestellt. Mit

Fr. 3,711,374.55

ist eine Steigerung um Fr. **58,541.15** oder 1,6% zu verzeichnen.

Der Umsatz des **ersten Semesters 1914** erreicht damit:

Fr. 22,777,491.46

Die Zunahme gegenüber dem gleichen Zeitraum 1913 beträgt Fr. **1,459,712.91** oder **6,85%**.

Redaktionsschluss 16. Juli.

Redaktion: Dr. Henry Faucherre.

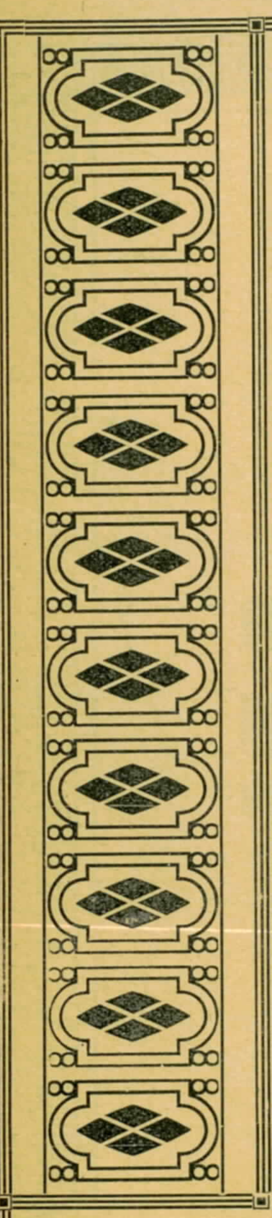
Verantwortlich für Druck und Herausgabe: **Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)** Für denselben: Dr. **Oskar Schär.**

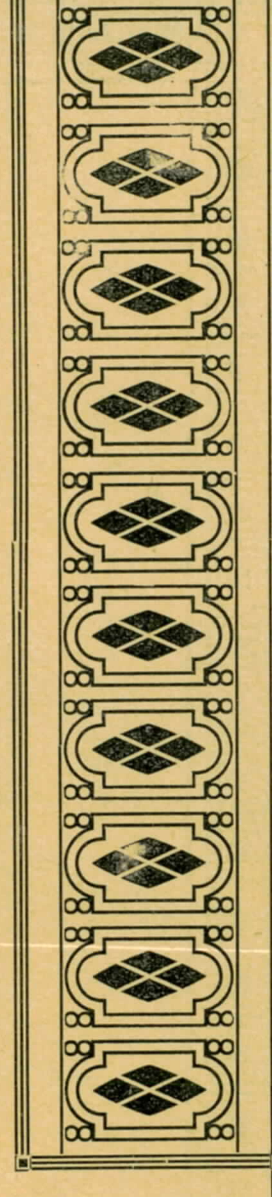
Wir Konsumenten

haben es selbst in der Hand, unsere Lebenshaltung zu erhöhen, indem wir die Kaufkraft unseres Einkommens steigern

Unser Weg

führt über die genossenschaftl. Eigenproduktion. Je mehr wir die von uns verbrauchten Waren in unseren eigenen Grossbetrieben herstellen, desto unabhängiger werden wir, nicht allein vom Zwischenhandel, sondern auch von der Privatindustrie; desto nachdrücklicher können wir daher den Tendenzen der Fabrikantenringe entgegenwirken und desto grösser wird unser Einfluss auf das ganze Wirtschaftsleben.





Zerlegen des Fleisches

